

Geld vom Bund direkt den Schweizer Forschern anvertrauen

«Schweizer Unis kämpfen gegen den Abstieg», Ausgabe vom 9. Februar

Seit dem Versenken des Rahmenabkommens wird in immer kürzeren Zeitabständen gejammert, weil die EU als Folge des bundesrätlichen Entscheids die Schweiz aus dem europäischen Forschungsprogramm gestrichen hat und daher auch keine Teilnahme mehr an «Horizon Europe» möglich ist. Hochschulen, Verbände, Unterneh-

men (besonders die Pharma), Politiker und Journalisten «fluten» die Medien derart mit Drohungen, als würde unser Land – ohne eine rasche Lösung mit der EU – untergehen. Überall dort, wo wegen «Horizon Europe» Alarmstimmung herrscht, fragt man sich, ob die Verantwortlichen tatsächlich über die notwendigen Führungsstärken verfügen. Sich an neue Rahmenbedingungen anzupassen, gehört doch ins Vokabular von Führungskräften. Um

auf die Hochschulen zurückzukommen: Es wäre doch der Moment, sich zu fragen, warum wir Geld für Forschung nach Brüssel schicken, um nachher wieder einen Teil als Fördergelder für geplante Projekte aus dem EU-Programm zu erhalten. Diese Projekte sind dann mit EU-Korsett – unter anderem mit Nationalitätsquoten und Rücksicht auf politische Verwicklungen – versehen. Weshalb wird das Geld vom Bund nicht direkt den Forschern in der Schweiz

anvertraut? Die Schweizer Forscher könnten sich dann auf ihre eigentliche Tätigkeit konzentrieren und wären keinen Vergeltungsaktionen der EU mehr ausgesetzt. Heute unterrichten zum Teil weit über 60 Prozent ausländische Professoren an unseren Hochschulen, die oft ihr ganzes Assistententeam mitnehmen und so dem Schweizer Nachwuchs den Weg verbauen. Mit Ausnahme der ETH Zürich verlieren die Schweizer

Hochschulen schon heute tendenziell im Ranking. Auch aus dieser Sicht ist eine künftige Zusammenarbeit mit britischen und hoffentlich bald vermehrt mit US-Universitäten zu begrüssen, die im Ranking weit höher anzusiedeln sind als Hochschulen im EU-Raum. Das wiederum böte den einheimischen Jungwissenschaftlern dringend notwendige Voraussetzungen für eine bessere Förderung. **Karl Meier-Zoller, Effretikon**

Strassenprojekt «Uster West» ist definitiv Geschichte

Am 22. September 2021 unterbreitete der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Vorlage zur Abrechnung des nicht benötigten 21-Millionen-Kredits für «Uster West». Davon wurden lediglich Fr. 37 407.43 ausgegeben. Die zuständige Kantonsratskommission beantragte am 1. Februar 2022 einstimmig, die Abrechnung des am 22. Oktober 2012 bewilligten Kredits für «Uster West» zu genehmigen. Damit ist das Strassenprojekt «Uster West» definitiv Geschichte. Man erinnert sich: Der Kampf um das Strassenprojekt «Uster West» (früher auch

«Westtangente», «Nordzubringer» oder «Zubringer Nord» genannt) dauert nun schon mehr als 40 Jahre. In den 1970er Jahren wurde diese Strassenachse in den Ustermer Verkehrsrichtplan als Projekt aufgenommen: vom Autobahnanschluss Uster West quer durch das Glattenriet über das Landwirtschaftsgebiet Eschenbühl, mitten durch das Wohngebiet Hohfuren und mit einer Brücke über den Zellweger-Weiher zum Wil. Von dort wäre die Schnellstrasse als Moosackerstrasse zur Riedikerstrasse geführt worden. Heute undenkbar.

Am 25. November 2012 stimmten die Ustermer Stimmberechtigten der Volksinitiative für eine Unterführung Winterthurerstrasse mit 5504 Ja- gegen 3622 Nein-Stimmen zu. In der Folge liess die Stadt Uster in Übereinstimmung mit den Initianten ein Projekt ausarbeiten – mit zwei Autospuren und zwei sicheren, baulich abgetrennten Velo- und Fussgängerwegen auf jeder Strassen-seite. Unverständlicherweise bremste der Kanton die Stadt später aus, indem er ihr förmlich verbot, weiter an der Unterführung zu planen. Jetzt, nach dem definitiven Ende von

«Uster West», ist der Weg für diese dringend notwendige Unterführung frei. Die Winterthurerstrasse ist weiterhin eine Kantonsstrasse. Am 7. Juli 2020 hat der Ustermer Hans Temperli im Kantonsrat eine Einzelinitiative für die Ausarbeitung einer Kreditvorlage für eine Unterführung Winterthurerstrasse eingereicht. Am 16. November 2020 wurde die Einzelinitiative vom Kantonsrat mit 74 Stimmen vorläufig unterstützt. Nötig gewesen wären 60 Stimmen. Die SP-Kantonsratsfraktion verweigerte die vorläufige Unterstützung.

Eine Unterführung Winterthurerstrasse kommt nach übereinstimmenden Einschätzungen von Bauingenieuren auf rund 12 bis 14 Millionen Franken zu stehen. Die Unterführung kann also mit den nicht benötigten 21 Millionen Franken für «Uster West» problemlos gebaut werden. Dabei spart der Kanton erst noch 7 bis 9 Millionen Franken – und Uster bekommt nach 40 Jahren Kampf endlich eine vernünftige, einsichtige und von den Ustermer Stimmberechtigten gewünschte Lösung. **Paul Stopper, Gemeinderat (BPU), Uster**

F-35 – aktuell der leistungsfähigste und wirtschaftlichste Kampffjet

«Unheilige Allianz gegen Kampffjet F-35», Ausgabe vom 12. Februar

Im Artikel des ZO/AvU vom 12. Februar argumentieren ein 20-jähriger Student als GSoA-Mitglied (Jonas Kampus) und ein 78-jähriger ehemaliger Armeeoffizier (Fridolin Voegeli) gegen die Beschaffung des F-35-Kampffjets. Die GSoA (Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee) versucht mit allen erdenklichen Tricks die Beschaffung des F-35 mit der Volksinitiative «Stop F-35» zu verhindern. Alte Offiziere, die in der Armee in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts

gedient haben, erzählen von ihren Erfahrungen mit den damaligen Boden-Luft-Lenk- waffen Bloodhound. Die Entwicklung der modernen Kampffjets hat in den letzten 40 bis 50 Jahren einen gewaltigen technologischen Fortschritt gemacht. Die neuste Kampffjet-Generation ist nicht mehr vergleichbar mit der damaligen Technik. Der neue Kampffjet soll sich nicht nur für die Luftverteidigung im Kriegsfall, sondern auch im Frieden für den Luftpolizeidienst (unerlaubtes Überfliegen der Schweiz) und den Konferenzschutz (WEF) eignen. Der F-35 des amerikanischen Herstellers Lockheed Martin

wurde durch das VBS in einem umfangreichen, systematischen Evaluationsverfahren mit vier anderen Flugzeugtypen verglichen. Die Evaluation zeigt aufgrund von Dutzenden Leistungs- und Preiskriterien, dass der F-35 das leistungsfähigste und günstigste Waffensystem ist. Das Evaluationsverfahren wurde durch eine unabhängige Beratungsfirma überprüft und als standardmässig, zweckmässig und korrekt beurteilt. Das Resultat ist auch nicht erstaunlich. Der F-35 ist in der Zwischenzeit zum meistverbreiteten modernen Kampffjet Europas geworden. Finnland, ein neutrales Land wie die

Schweiz, hat vor wenigen Monaten nach einem vergleichbaren Evaluationsverfahren 64 F-35-Kampfflugzeuge gekauft. Auch Grossbritannien, die Niederlande, Norwegen, Dänemark, Belgien, Polen, Italien und Griechenland setzen diesen modernen Kampffjet mit Erfolg ein. Es ist natürlich verständlich, dass dieser Erfolg des F-35 viele Neider auf den Plan ruft. Aber der Erfolg und alle europäischen Evaluationsverfahren beweisen, dass der F-35 aktuell der leistungsfähigste und wirtschaftlichste Kampffjet ist. Falls das Schweizervolk bei der kommenden Abstimmung die-

ser Beschaffung nicht zustimmen würde, müsste die Existenzberechtigung der Restarmee grundsätzlich infrage gestellt werden. In den letzten 20 bis 30 Jahren wurde die Schweizer Armee schrittweise abgebaut und verkleinert. Es fehlen viele moderne Waffensysteme. Als reiches Land gibt die Schweiz 0,7 Prozent des Brutto-Sozialprodukts für die Armee aus und liegt damit weit hinter den meisten europäischen Ländern zurück. Die Schweiz würde sich im europäischen Umfeld lächerlich machen und als feiger Profiteur dastehen. **Max Bühlmann, Gossau**

Möglichst vielen ans Schienbein treten

«Uster spart auf fast allen Abteilungen», Ausgabe vom 14. Februar

Beim Lesen der Medienmitteilung zur pauschalen Kürzung des Budgets haben sich sicher viele Ustermerinnen und Ustermer gefragt, weshalb der Gemeinderat beim «eigenen Geschäftsfeld» Parlamentsdienste nicht gekürzt hat und es gerade

die populären SBB-Tageskarten trifft. Es gibt folgende Gründe: Erstens: Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der SVP Uster sind durchaus bereit, bei sich selbst zu sparen. So verlangte die SVP Uster in einem Vorstoss, dass die Gemeinderäte auf das Sitzungsgeld für die ausgefallenen Sitzungen in der Pandemie verzichten sollten. Leider fand dieser Vorstoss

im links-grünen Parlament keine Mehrheit. Zweitens: Das Geschäftsfeld Parlamentsdienste ist das einzige Geschäftsfeld, das kaum von der rot-grünen Mehrheit angetastet wird und damit nicht aufgeblasen ist. Drittens: Im Budget 2022 sind 28 Millionen Franken nicht gebundene Ausgaben und dadurch Einsparungen durch

den Stadtrat möglich. Medienwirksam hat sich der Stadtrat entschieden, bei den sehr beliebten SBB-Tageskarten einzusparen. Dabei erwähnt er nur am Rand, dass die SBB dieses Angebot künftig nicht mehr führen werden und es daher sowieso bald wegfällt. Die Kürzungen hat der Stadtrat einmal mehr so ausgewählt, dass er möglichst vielen Uster-

merinnen und Ustermern ans Schienbein tritt und mit dem Finger auf den Gemeinderat zeigen kann. In der aktuell schwierigen Zeit sollen nicht nur die Bürger von Uster auf ihre Ausgaben achten müssen, sondern auch die Stadt. Denn letztlich ist es immer noch unser aller Geld, das die Stadt ausgibt. **Barbara Schäufole-Keel, Gemeinderätin (SVP), Uster**

Was ist wichtiger: ein Küken-Ei oder ein ungeborenes Kind?

Über die Presse wurden wir orientiert, dass es doch unverschämt sei, ein Küken-Ei zu durchleuchten und anschliessend die männlichen Eier zu vernichten, obwohl diese noch nichts mitbekämen, da die Entwicklung noch ganz am Anfang stehe. Und nun lese ich, dass es eine Initiative geben soll, die das ungeborene Kind schützen will, sobald es ausserhalb der

Mutter lebensfähig wäre. Von der 7. bis zur 12. Schwangerschaftswoche (alles ist bereits vorhanden) wird der Körper des Embryos in der Gebärmutter in Stücke zerschnitten und anschliessend entfernt. Im späteren Verlauf der Schwangerschaft kann dieses Vorgehen nicht mehr durchgeführt werden. Deshalb wird bei der Mutter mit einer langen Nadel

durch die Bauchdecke in das Herz des Kindes gestochen und Kaliumchlorid in hoher Dosis eingespritzt. Anschliessend wird das Kind entbunden. Hat das Kind gar keine Rechte, auch wenn es allenfalls behindert auf die Welt kommen sollte? Beim Ei war ein riesiger Aufschrei. Den Aufschrei des Kindes können wir nicht hören. **Gerald Räbsamen, Uster**

Ustermer Finanzpolitik – eine Einordnung

«Uster spart auf fast allen Abteilungen», Ausgabe vom 14. Februar

Sehr erfreut nahm ich zur Kenntnis, dass die Rechnung 2021 der Stadt Uster statt ein Defizit einen Überschuss aufweisen soll. Dies wegen überraschend guter Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich. Diese Einnahmen können kaum beeinflusst werden, sondern hängen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab.

Die Ausgaben der Stadt wurden in den letzten Jahren praktisch konstant gehalten. Rechnungsdefizite entstanden vor allem wegen sehr hoher Abschreibungen. Diese sind so hoch, weil grosse Investitionen für die Schulhäuser Krämeracker und West getätigt werden mussten. Vorhaben, die wie viele andere in meiner bisher 16-jährigen Gemeinderatskarriere zu meinem grossen Ärger immer wieder auf die lange Bank geschoben wurden.

Samuel Wüst, der erfahrene Brückenbauer

Bei der Wahl als Nachfolger von Ueli Müller stehen drei Kandidaten zur Auswahl, von denen zwei sehr valable amtierende Stadträte sind. Weshalb ich den Kandidaten der SP, Stadtrat und Gesellschaftsvorstand Samuel Wüst, bevorzuge, möchte ich im Folgenden darlegen.

Samuel Wüst ist ein äusserst erfahrener Politiker, der seit Jahrzehnten in verschiedenen Bereichen, Institutionen und Behörden in unserer Gemeinde in leitender Stellung tätig war und ist. Als Bauingenieur ist er beruflich für die Stadt Zürich im Bereich Brückenbau zuständig. Als Brückenbauer wirkt er auch zeitlebens im sozialen und politischen Bereich, versteht er es doch hervorragend, auch zwischen Parteien und Meinungen Brücken zu bauen. Eine Eigenschaft, welche für einen Stadtpräsidenten unabdingbar ist. Als ausgewiesener Realpolitiker stellt er immer zuerst die Sache und das Geschäft ins Zentrum, ohne dabei seine soziale Ader zu verleugnen.

Dem Stadtpräsidenten von Illnau-Effretikon ist zudem die Stadtentwicklung zugeteilt. Ein Ressort, welches ideal auf den Kandidaten der SP zugeschnitten ist, hat sich Samuel Wüst doch – nicht zuletzt bei seinen Engagements im Forum 21 und im Familienverein – als Macher erwiesen. Stadtpräsident von Illnau-Effretikon zu sein, heisst auch, ein hohes zeitliches Engagement auf sich zu nehmen, finden doch etliche Verpflichtungen auch in den Abendstunden statt. Deshalb ist es von Vorteil, dass Wüst als Vater von vier erwachsenen Töchtern seinen Beruf zeitlich stark anpassen kann. **Kurt Brüggler, alt Stadtrat, Illnau**

Leserbriefe aufbereiten benötigt etwas Zeit

Das Leserforum im «Zürcher Oberländer»/«Anzeiger von Uster» ist ein klassisches Printforum. Anders als in einem Onlineforum, in dem ein geschriebener Eintrag sofort veröffentlicht wird, benötigen wir etwas Zeit für die Aufbereitung, die Überprüfung auf Rechtschreibung und das Layout. Ausserdem ist der zur Verfügung stehende Platz begrenzt. Wir möchten daher um Verständnis bitten, dass es unter Umständen etwas länger dauern kann, bis ein Leserbrief in der Zeitung erscheint. (zo)

Mehr Leserbriefe...

Weitere Leserbriefe gibt es auf der Service-Seite 16. (zo)